

Berliner Nachrichten

Dezember 2007



Renate Gradistanac MdB, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Tourismus

650 Mio. Euro mehr für den Bau von Straßen und Schienen

Der Bund stellt 2008 für den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes 650 Millionen Euro zusätzlich bereit. Die Investitionen 2008 werden mit über 13,2 Mrd. Euro einen Rekordstand erreichen. Im Straßenbau ergibt sich dadurch ein Investitionszuwachs von 4,1 Prozent. *Seite 5*

Inhalt

Fakten zum Haushalt 2008	2
Online-Angebot zur Familienkampagne	7
Änderung des Entsendegesetzes beschlossen	7
Pflege-Weiterentwicklungsgesetz beraten	7
Rathaus-Besuche im Dezember	8
Arbeitslose ab 58 bekommen 24 Monate Geld	8
Keine Stellenstreichungen beim THW	9
414 Euro Spende für die Schwarzwaldwerkstatt	9
Fairer Wettbewerb statt Lohndumping	10
Kururlaub war gestern	10
SPD-Azubi hat die Ausbildung beendet	11
Orte der Vielfalt – Hinstehen und handeln	11
Rechtsextremisten müssen draußen bleiben	12
Schwarz ist gar keine Farbe	12
Rede im Bundestag zur Chancengleichheit	13
Vorlesetag / Leserbrief zur Verkehrsdebatte	14
Jahresrückblick 2007	15
Weihnachts- und Neujahrsgrüße	17
Impressum, Sitzungskalender 2008	18

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

2007 war angesichts einer Reihe strittiger Entscheidungen politisch ein schwieriges Jahr. In der Rückschau konzentrieren wir uns aber auf die Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik (Seite 15).

Auf drei Artikel in dieser Ausgabe möchte ich euch besonders hinweisen: das Online-Angebot der Bundestagsfraktion zur Familienkampagne (Seite 7), die Aufstockung des Bundesverkehrssetats 2008 um 650 Millionen Euro (Seite 5) und die Aktion „Orte der Vielfalt“ (Seite 11), die Kommunen aufruft, Position gegen Rechtsextremismus zu beziehen.

Ich wünsche allen ein frohes Weihnachtsfest und viel Kraft für das neue Jahr.

Solidarische Grüße

Eure Renate



Die SPD wünscht frohe Weihnachten und viel Kraft im neuen Jahr.

SPD
Kraft der
Erneuerung.

Fakten zum Bundeshaushalt 2008

Wir konsolidieren und bringen den Aufschwung voran

Die Doppelstrategie aus Konsolidierung und Wachstumsförderung sowie die Reformen der Agenda 2010 haben sich bewährt: Die Wirtschaft läuft, die Zahl der Beschäftigten ist auf Rekordniveau, diejenige der Arbeitssuchenden erheblich zurückgegangen. Der von Peer Steinbrück vorgelegte solide wie zukunftsorientierte Entwurf des Bundeshaushalts 2008 setzt die in den Jahren 2006 und 2007 mittelfristig angelegte finanzpolitische Strategie fort: Abgewogen jäten und düngen, konsolidieren sowie Wachstumskräfte stärken.

Die Fortführung des mit dem Bundeshaushalt 2006 begonnenen 25 Mrd.-Euro-Impulsprogramms gehört dabei ebenso zu der gezielten Förderung von Zukunftsbereichen wie weitere neue Schwerpunktsetzungen in den Bereichen innere und äußere Sicherheit, Forschung und Bildung sowie Entwicklungshilfe. Darüber hinaus wird durch zusätzliche Einnahmen durch Emissionszertifikate Spielraum geschaffen, der vor allem dem Klimaschutz zugute kommen wird.

Der Bundeshaushalt 2008 ist eine weitere Etappe auf dem Weg zum Budget ohne Neuverschuldung. Wir wollen dieses Ziel spätestens 2011 erreichen.

Die Haushälter der Fraktion hatten sich ehrgeizige Ziele für die Beratungen des Etats 2008 gesetzt: Aus dem guten Entwurf von Peer Steinbrück einen noch besseren Haushaltsplan machen. Ziele waren

- die Neuverschuldung weiter zu senken,
- haushaltspolitische Spielräume zu nutzen, um zusätzliche wachstums- und investitionsorientierte Schwerpunkte zu setzen,
- die sozialpolitische Komponente zu stärken (Leistungen für Arbeitsuchende, BAföG-Empfänger, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende),
- auf intelligente und sinnvolle Weise den Personalkörper weiter zu verschlanken.

Alle Ziele wurden erreicht.



Der Nachtragshaushalt 2007

Mit dem Nachtragshaushalt 2007, der notwendig geworden war, hat die Bundesregierung erstmals seit 15 Jahren einen Nachtrag vorgelegt, in dem die Nettokreditaufnahme nicht steigt, sondern sinkt.

Die Nettokreditaufnahme wurde gegenüber dem bisherigen Soll um 5,2 Mrd. Euro auf jetzt 14,4 Mrd. Euro – insbesondere Dank der günstigen Entwicklungen der Steuereinnahmen – abgesenkt. Außerdem werden die zur Finanzierung notwendigen Privatisierungserlöse um 4,7 Mrd. Euro auf 4,5 Mrd. Euro vermindert. Zugleich wird mit der Einrichtung eines Sondervermögens in Höhe von 2,15 Mrd. Euro für den Kinderbetreuungsausbau für unter 3-Jährige ein wesentlicher Beitrag für eine zukunftsorientierte Familienpolitik geleistet. In den Beratungen blieben diese Eckdaten unverändert. Dabei konnte noch ein Ausgabenvolumen von 400 Mio. Euro für Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen bereitgestellt werden, finanziert durch geringere Ausgaben bei den Zinsen und in anderen Bereichen.

Diese Fördermittel können in den kommenden Jahren für folgende Maßnahmen bedarfsgerecht genutzt werden:

- 198,5 Mio. Euro Zuschussmöglichkeit für kulturelle Infrastruktur-sanierungsmaßnahmen
- 20 Mio. Euro Zuschuss an die Klassik Stiftung Weimar für die denkmalgerechte Herrichtung des Stadtschlusses in Weimar einschließlich Ersteinrichtung
- 25 Mio. Euro Zuschuss an die Klassik Stiftung Weimar für die Restaurierung von Druck- und Handschriften, für die Wiederbeschaffung von Brandverlusten an Bibliotheksgut, für die Grundsanierung des Goethe-Schiller-Archivs und die Errichtung des Bauhausmuseums
- 77,5 Mio. Euro Zuschuss an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin - Brandenburg zur Durchführung eines Sanierungsplans
- 39 Mio. Euro Zuschuss an die „Stiftung Festspielhaus Beethoven“ in Bonn
- 40 Mio. Euro Einzelprojekte Denkmalschutz

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

Gemäß Beschluss des Haushaltsausschusses bedürfen diese Fördermaßnahmen der angemessenen Mitfinanzierung durch Länder, Kommunen oder Private sowie überwiegend der Einwilligung des Haushaltsausschusses.

Durch die Einrichtung des Sondervermögens sowie die Zuschüsse für Kulturinvestitionen steigen die Investitionen im Bundeshaushalt 2007 um 2,55 Mrd. Euro auf 26,5 Mrd. Euro. Damit wird eine Investitionsquote von 9,7 Prozent erreicht.



Der Bundeshaushalt 2008

Nach Abschluss der Beratungen im Haushaltsausschuss belaufen sich die Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes 2008 unverändert gegenüber dem Regierungsentwurf auf 283,2 Mrd. Euro. Die Investitionsausgaben liegen um 362 Mio. Euro über dem Entwurf und betragen nun 24,658 Mrd. Euro. Die Neuverschuldung wurde gegenüber dem Entwurf um eine Milliarde Euro auf 11,9 Mrd. Euro abgesenkt, den deutlich niedrigsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung.

Die Einnahmesituation des Bundeshaushalts hat sich um eine Milliarde Euro gegenüber dem Entwurf verbessert, wovon 841 Mio. Euro auf Steuermehreinnahmen gemäß der November-Schätzung zurückgehen. Die Steuereinnahmen liegen nun bei 237.955 Mrd. Euro.

Der Bundeshaushalt 2008 ist eine weitere Etappe auf dem Weg zum Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung. Der weitere Weg wird aber nicht leichter, sondern eher schwerer und ist nur bei strenger Ausgabendisziplin zu schaffen.

Wir erreichen dank bereits geschaffter Konsolidierungsschritte 2007 und 2008 einen ausgeglichenen Staatshaushalt (Maastricht-Kriterium). Die Regelgrenze des Artikels 115 GG ist noch mit Blick auf die Föderalismusreform II Thema, nicht aber mit Blick auf die aktuellen Haushalte.

Das Wichtigste in Kürze:

- Die Neuverschuldung des Bundes wurde um eine Milliarde Euro auf jetzt 11,9 Mrd. Euro abgesenkt. Damit wurde das Ziel sogar übererfüllt, die Steuermehreinnahmen aus der November-Schätzung von rund 800 Mio. Euro in die Rückführung der Neuverschuldung zu stecken.
- Nicht nur die Barmittel für Investitionen wurden um 362 Mio. Euro auf 24,658 Mrd. Euro, vornehmlich im Bereich von Straße und Schiene, aufgestockt. Außerdem wurden zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen von 300 Mio. Euro für Verkehrsinformationen eingestellt. Zudem haben wir die erwarteten Einnahmen aus dem Emissionszertifikathandel über 2008 hinaus planerisch umgesetzt und dabei Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 80 Mio. Euro für Investitionen im Bereich Klimaschutz aufgebracht.
- Diese Schwerpunktsetzungen sind für 2008 finanziert aus Einsparungen im konsumtiven Bereich, vor allem bei Zinsen und Zuschüssen. Dadurch konnte das Ausgabevolumen des Entwurfs konstant gehalten werden. Die Ausgabensteigerung des Bundeshaushalts 2008 liegt bereinigt um Sonder- und Einmaleffekte (Postbeamtenversorgungskasse, Überschneidung von bisherigem Bildungsgeld und neuem Elterngeld, Aufwuchs des Mehrwertsteuerfinanzierten Zuschusses an die BA) bei 1,1 Prozent im Vergleich zum Soll 2007 einschließlich Nachtrag. Dieser Wert liegt deutlich unterhalb der erwarteten Inflationsrate.
- Wir haben die Eingliederungsleistungen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf dem hohen Niveau von 6,5 Mrd. Euro gegen den Widerstand der Union stabilisiert. Diese Mittel stehen zudem nun ohne Einschränkung zur Verfügung, da der bisherige Deckungsvermerk von einer Milliarde Euro zu Gunsten ALG II aufgehoben ist. Damit ist gewährleistet, dass jeder und jede Arbeitsuchende diejenigen Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung erhält, die sie oder er benötigt. Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik wird zudem zum Beispiel mit dem Kommunal-Kombi ein neues Programm zur Aktivierung Langzeitarbeitsloser in besonderen Problemregionen veranschlagt.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

- Wir haben die notwendigen Mittel zur Erhöhung der BAföG-Bedarfssätze um 10 und der Freibeträge um 8 Prozent gegen den Widerstand der Union bereitgestellt. Außerdem wurde die vereinbarte Erhöhung des Dienstsoldes für Wehr- und Zivildienstleistende um 2 Euro pro Tag im Etat umgesetzt.
- Bei Personal und Öffentlichkeitsarbeit haben wir wiederum gespart. Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit werden in allen Ressorts um rund 9 Mio. abgesenkt, das entspricht 10 Prozent der Gesamtausgaben für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit.
- Die im Entwurf vorgesehene pauschale Personaleinsparquote von 0,75 Prozent haben wir auf 0,9 Prozent erhöht; diese

Differenz entspricht ungefähr 320 Stellen. Die Einsparquote von 1,2 Prozent im Haushalt 2007 wird damit zwar deutlich unterschritten, es erfolgt aber ein weiterer erheblicher Personalabbau von ca. 1.900 Beschäftigten des Bundes in 2008. In manchen Bereichen stößt der Personalabbau angesichts der zu erfüllenden Aufgaben an Grenzen. Deshalb haben wir diesmal eine Doppelstrategie gefahren, um der verständlichen steigenden Kritik an Rasenmäher-Sparmaßnahmen zu begegnen. Wir haben die pauschale Stelleneinsparung mit einer Stärkung von ökonomischen und politischen Zukunftsbereichen verkoppelt und somit einen Teil der Einsparungen zur qualitativen Stärkung der Ressorts gezielt wieder zurückgegeben.

Übersicht auf die einzelnen Ressorts

Auswärtiges Amt:

Die Gedenkstätten der KZ Buchenwald und Dachau erhalten jeweils 400.000 Euro mehr. Mit diesen Mitteln ist der Betrieb der Gedenkstätten und notwendige Investitionen abgesichert.

Im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes haben wir die Ausgaben um 348 Mio. Euro oder 13,9 Prozent gegenüber dem Haushalt 2007 erhöht. Der Aufwuchs resultiert überwiegend aus den zusätzlichen Mitteln für die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA), die 2008 um insgesamt 750 Mio. Euro angestiegen ist. Das Auswärtige Amt ist daran mit etwa einem Drittel beteiligt.

Bundesministerium des Innern:

Bündnis für Demokratie und Toleranz: Entgegen den Planungen im Haushaltsentwurf, die in 2007 bewilligten Mittel von 1 Mio. Euro wieder auf 700.000 abzusenken, konnte die SPD-Bundestagsfraktion diese Kürzung zurücknehmen.

Bundeszentrale für politische Bildung: Mittel- um 1 Mio. Euro erhöht; 500.000 Euro für die projektorientierte Bildungsarbeit für Kinder, Jugendliche und bildungsferne Schichten; weitere 500.000 Euro an 340 Bildungsträger bundesweit für ihre Bildungsangebote– damit wird die vom Innenminister verfügte Kürzung in diesem Bereich zurückgenommen.

Technisches Hilfswerk: Die langfristige Absicherung des Personaltableaus steht fest. Das hauptamtliche Personal beim THW ist aus der pauschalen Stellenkürzung herauszunehmen. Zusätzlich erhält das hauptamtliche Personal der

Helfervereinigung und der THW-Jugend e.V. insgesamt 160.000 Euro mehr als im Entwurf vorgesehen war.

Sportförderung: Die Mittel für die Sportförderung werden um rd. 19 Mio. Euro erhöht. Die Nationale Anti-Dopingagentur NADA erhält 1 Mio. Euro zur Aufstockung des Stiftungskapitals, außerdem werden 1,8 Mio. Euro mehr als in 2007 für Maßnahmen zur Dopingbekämpfung bereitgestellt. Erstmals wird die Stiftung Deutsche Sporthilfe mit 1 Mio. Euro zusätzlicher Mittel direkt aus dem Bundeshaushalt gefördert.

Bundesministerium der Justiz:

Deutsches Patent- und Markenamt: Aufgrund gestiegener Anmeldezahlen im Patent- und Markenbereich erhält das Patent- und Markenamt 15 zusätzliche Planstellen für die Markenverwaltung am Standort Jena. Für den Patentbereich am Standort München erhält das Amt zusätzliche 20 Planstellen. Die Stellen finanzieren sich selbst durch Gebühren.

Wirtschaft und Technologie:

Die Ausgaben für Innovationshilfen an die Werften wurden um 2 Mio. Euro auf nunmehr 10 Mio. Euro aufgestockt. Damit liegen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) im Einzelplan insgesamt bei 2,14 Mrd. Euro. An der Spitze der FuE-Titel steht die Raumfahrt, gefolgt von der Technologieförderung Mittelstand. Die Energieforschung erhält als FuE-Bereich mit insgesamt 158 Mio. Euro im Verhältnis zum Vorjahr 14,9 Mio. Euro mehr.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

Für die Gemeinschaftsausgabe Regionale Wirtschaftsstruktur sind die Ausgaben wie im Vorjahr um 50 Mio. Euro gegenüber dem Regierungsentwurf aufgestockt worden. Damit stehen auch 2008 wieder 644 Mio. Euro zur Verfügung.

***Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz:***

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ haben wir um 45 Mio. Euro zu den jährlich veranschlagten 615 Mio. Euro aufgestockt. Diese zusätzlichen Mittel werden für die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft sowie des ländlichen Raumes insgesamt verwendet. So sollen mindestens 10 Mio. Euro für die Internet-Breitbandversorgung entlegener ländlicher Regionen ausgegeben werden.

Das Ökolandbauprogramm haben wir um 6 Mio. Euro auf 16 Mio. Euro aufgestockt und für Forschung und Entwicklung zweckgebunden. In der Verbraucherpolitik ist der Ansatz um 3 Mio. Euro auf 17 Mio. Euro für den Nationalen Aktionsplan „Ernährung und Bewegung“ angehoben worden.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

Insgesamt 124 Mrd. Euro stellen wir für Ausgaben im Bereich Arbeit und Soziales im Haushalt 2008 bereit. Die Arbeitsmarktpolitik wird trotz Entlastung auf hohem Niveau weitergeführt und in Schwerpunktbereichen sogar verstärkt. 6,5 Mrd. Euro für Maßnahmen der Eingliederung stehen den Trägern der Grundsicherung 2008 erstmals wieder ohne Einschränkungen zur Verfügung. Das beschlossene Bundesprogramm Kommunal-Kombi des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wird mit 143 Mio. Euro neu in den Haushalt aufgenommen. Damit können im nächsten Jahr bis zu 50.000 Arbeitsplätze in den Kommunen gefördert werden. Das Programm richtet sich an Regionen, die überdurchschnittlich stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Auch bei der Problematik unverhältnismäßig hoher Befristungen in den ARGen haben wir ein wichtiges Signal der Entspannung gesetzt. Im Vergleich zum Regierungsentwurf wurde an entsprechender Stelle eine längst fällige Obergrenze für den Einsatz von befristet Beschäftigten festgesetzt. Gleichzeitig haben wir vereinbart, bis zu 3.000 Stellen in die ARGen zu verteilen, um Befristungen in feste Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.

Der Beitragssatz zur Rentenversicherung bleibt stabil, die Rücklage steigt.

***Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung:***

**650 Mio. Euro mehr für den
Bau von Straßen und Schienen**

Der Bereich Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bleibt mit Abstand der größte Investitionshaushalt des Bundes. In den Beratungen wurden die Investitionen noch deutlich aufgestockt.

Für Straße und Schiene wurden 350 Mio. Euro im Baransatz und 300 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigungen zusätzlich bereitgestellt. Die Investitionen 2008 erreichen mit über 13,2 Mrd. Euro einen Rekordstand.

Im Straßenbau ergibt sich im Vergleich zum Bundeshaushalt 2007 ein Investitionszuwachs von 4,1 Prozent Für den Neubau und Erhalt von Autobahnen und Bundesstraßen wurden die Ansätze für den Bundeshaushalt 2008 im Baransatz erhöht.

Für den Ausbau des Schienenverkehrs stehen insgesamt 350 Mio. Euro mehr zur Verfügung als im Regierungsentwurf vorgesehen. Davon entfallen auf die Beseitigung von Engpässen im Güterverkehr, speziell im Hinterland von Seehäfen, 25 Mio. Euro Baransatz in 2008 und Verpflichtungsermächtigungen über 225 Mio. Euro.

Außerdem werden 100 Mio. Euro zur Lärmreduzierung an Schienenwegen bereitgestellt, wovon bis zu 10 Mio. Euro für innovative Pilotprojekte (K-Sohle/LL-Sohle) zur Verfügung stehen.

Der Bundesanteil für die Kosten zum Bau der Transrapidstrecke in München wurde auf maximal 925 Mio. Euro festgeschrieben.

Bundesministerium der Verteidigung:

Der Verteidigungshaushalt 2008 wurde in den Beratungen im Haushaltsausschuss gegenüber dem Regierungsentwurf nochmals um rund 142 Mio. Euro erhöht. Bereits der Regierungsentwurf sah gegenüber dem Finanzplan einen Aufwuchs des Plafonds um 600 Mio. Euro vor. Die Personalkosten werden 2008 um 195,3 Mio. Euro gesenkt werden. Die beschlossene Erhöhung des Wehresoldes um 2 Euro pro Tag ist damit mehr als gegenfinanziert. Zur Beseitigung akuter infrastruktureller Mängel – vor allem im Westen der Bundesrepublik – wurde der Ansatz für kleine und große

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

Baumaßnahmen im Vergleich zu 2007 um rund 123 Mio. Euro auf nun annähernd 931 Mio. Euro erhöht. Der Haushaltsausschuss erhöhte zusätzlich den Ansatz für die Unterhaltung von Grundstücken und Anlagen um weitere 62 Mio. Euro.

Bundesministerium für Gesundheit:

Auch im Haushalt 2008 erhalten die Gesetzlichen Krankenkassen eine pauschale Abgeltung für gesamtgesellschaftliche Aufgaben, u.a. für versicherungsfremde Leistungen. Für das Jahr 2008 sind hierfür wiederum 2,5 Mrd. Euro etatisiert. Der Betrag soll in den Folgehaushalten um jeweils 1,5 Mrd. Euro ansteigen bis ein Betrag von 14 Mrd. Euro erreicht ist.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Der Haushalt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beträgt nun 846,96 Mio. Euro. Unter Hinzurechnung des 400 Mio. Euro-Klimaschutzprogramms, das mit Verstärkungsvermerken etatisiert ist, ergibt sich ein Volumen von 1,247 Mrd. Euro, das durch zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 300 Mio. Euro ergänzt wird. Dies ist gegenüber 2007 ein Aufwuchs um 402,9 Mio. Euro bzw. 47,7 Prozent.

Durch das Klimaschutzprogramm des BMU kommt es praktisch zu einer Verdoppelung des BMU-Programmhauts gegenüber 2007 von rund 415 Mio. Euro auf nunmehr 857 Mio. Euro. Mit diesem Programm werden entscheidende Beiträge für unsere Klimaschutzziele auf nationaler und internationaler Ebene geleistet.

Der Haushalt sieht für das Jahr 2008 Ausgaben in Höhe von rund 6,2 Mrd. Euro vor. Dies bedeutet eine Aufstockung von rund einer Milliarde Euro gegenüber dem Vorjahr.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Mit Gesamtausgaben von 5,134 Mrd. Euro und einer Steigerung von 641 Mio. Euro oder 14,3 Prozent gegenüber dem Soll 2007 ist der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einer der am stärksten wachsenden Einzelpläne. Dies ist Ergebnis der politischen Entscheidung zur Aufstockung der ODA-Mittel (Official-Development Aid, nach OECD-Definition). Von den Mehrausgaben profitiert insbesondere der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria, dessen Mittel weit mehr als verdoppelt werden.



Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Der Zukunftsetat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurde um 163,3 Mio. auf rund 9,351 Mrd. Euro erhöht.

Spürbare Leistungsverbesserungen beim BAföG: Die Bedarfssätze steigen - gegen den Widerstand von Teilen der CDU/CSU-Fraktion - um zehn Prozent, die Elternfreibeträge um acht Prozent. Die Ausgaben für die Ausbildungsförderung, die 2008 allein beim BAföG um weitere 54,8 Mio. Euro gegenüber dem Regierungsentwurf auf nun rund 1,3 Mrd. Euro angehoben werden, sind notwendige und sinnvolle Investitionen in den Nachwuchs und sorgen für mehr Chancengleichheit.

Im Bereich der Forschungspolitik wurde mit der Validierungsforschung ein völlig neues Forschungsinstrument geschaffen: Die schnelle und zielgerichtete Umsetzung von Ergebnissen der Grundlagenforschung in erfolgreiche marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb für die Validierungsforschung 2008 drei Mio. Euro und bis 2012 weitere 100 Mio. Euro an Verpflichtungsermächtigungen durchgesetzt.

Neues Programm zur bundesweiten Förderung von Kooperation von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Zielgruppe sind die Hochschulen, die bislang nicht im Rahmen der 3. Förderlinie der Exzellenzinitiative als Spitzenuniversität ausgewählt wurden. Im kommenden Jahr werden dafür 5 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt; 2009 und 2010 weitere 20 Mio. Euro an neuen Verpflichtungsermächtigungen.

Ein ausführlicher Bericht zum Nachtragshaushalt 2007 und Bundshaushalt 2008 steht im Internet unter:
www.spdfraktion.de

„Im Auftrag der Familie“

Das neue Online-Angebot der SPD-Bundestagsfraktion

**Aktuelle und spannende Informationen über die Familienpolitik der SPD-Bundestagsfraktion gibt es jetzt im Internet unter der Adresse: <http://www.spdfraktion.de/familie/>
Hier präsentieren wir das Online-Angebot der Kampagne „Im Auftrag der Familie!“**

Ob Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen, Elterngeld oder finanzielle Hilfen für Familien - wer sich über die modernen sozialdemokratischen Bausteine für ein familienfreundliches Deutschland informieren möchte, ist hier genau richtig. Mit unserer Politik sorgen wir für bessere Bildungschancen der Kinder, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern und machen wieder Mut für ein Leben mit Kindern. Und das schon lange. Denn in der Familienpolitik sind wir das Original! Egal ob Elterngeld oder Ausbau der Kinderbetreuung -

was jetzt in der Großen Koalition umgesetzt wird, ist sozialdemokratische Politik. Dass wir uns gegen den Widerstand der Union durchsetzen konnten, ist gut - gut für Kinder, Eltern und unser Land. Wir werden deutlich heraus stellen, dass die modernen familienpolitischen Konzepte einen klaren sozialdemokratischen Stempel tragen.

Pünktlich zur Adventszeit gibt es auch einen Online-Adventskalender, zu erreichen über <http://www.spdfraktion.de/adventskalender/>. "Bei uns stehen Familien alle Türchen offen" - warum, das zeigt der Kalender 24 Mal bis zum Heiligen Abend. Außerdem gibt es ein Adventskalender-Gewinnspiel, an dem jede und jeder teilnehmen kann. Zu gewinnen sind 24 Überraschung-Familienpakete und als Hauptgewinn eine Einladung zum Neujahrsempfang der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin inkl. Anreise und Übernachtung für zwei Personen.

Änderung des Entsendegesetzes beschlossen

Der Deutsche Bundestag hat die Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes beschlossen. Damit werden nun Arbeitnehmer, die im Briefdienstleistungsbereich beschäftigt sind, in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen. Zum 1. Januar 2008 fällt in Deutschland das Briefmonopol. Dann dürfen Dienstleistungsunternehmen in Deutschland umfassend Postdienstleistungen erbringen. Um

ein Mindestmaß an Standards zu sichern, hat das Bundeskabinett bereits im September beschlossen, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf Briefdienstleistungen zu erweitern. Jetzt endlich hat auch der Koalitionspartner zugestimmt. Briefzusteller erhalten künftig 9,80 Euro (9 Euro in den ostdeutschen Ländern). Für die übrigen Tätigkeiten der Briefbeförderung (Einsammeln und Weiterleiten) beträgt der Mindestlohn 8,40 Euro bzw. 8 Euro.

Pflege-Weiterentwicklungsgesetz beraten

Der Bundestag hat den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz) beraten.

Seit Einführung im Jahre 1995 hat sich die Pflegeversicherung bewährt. Es werden dennoch strukturelle Änderungen in der Pflegeversicherung vorgenommen, die dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ stärker als bisher Rechnung tragen. Mit dem Gesetz soll aktivierende Pflege und Rehabilitation besser gefördert werden. Die Maßnahmen für eine integrierte wohnortnahe Versorgung und Betreuung, die Einrichtung von Pflegestützpunkten mit Pflegeberatern (Fall-

management), die Möglichkeit, Leistungen gemeinsam mit anderen Pflegebedürftigen auch in neuen Wohnformen abzurufen, helfen den Menschen, solange wie möglich in ihrer angestammten und gewünschten Umgebung zu bleiben. Weitere Schwerpunkte sind die Ausweitung der Leistungen für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz und die Einführung der Pflegezeit für Beschäftigte. Die geplante Anhebung des Beitragssatzes um 0,25 Prozentpunkte führt in der sozialen Pflegeversicherung zu jährlichen Mehreinnahmen von rund 2,5 Mrd. Euro. Da der Beitragssatz zum 1. Juli 2008 angehoben wird, betragen die Mehreinnahmen im Jahr 2008 rund 1,3 Mrd. Euro.

Rathaus-Besuche im Dezember

Fachgespräche in Althengstett, Loßburg, Bad Rippoldsau-Schapbach und Neubulach



Bei vier Rathaus-Besuchen in den Landkreisen Calw und Freudenstadt führte ich Fachgespräche mit (von links oben beginnend) den Bürgermeistern Dr. Clemens Götz (Althengstett), Thilo Schreiber (Loßburg), Bernhard Waidele (Bad Rippoldsau-Schapbach) und Walter Beuerle (Neubulach). Schwerpunkte waren der Tourismus im Nordschwarzwald, der Straßenbau im Kreis Freudenstadt, das Bundesprogramm „Frühe

Hilfen“ bei Vernachlässigung und Missbrauch von Kindern sowie die Kleinkinderbetreuung. Richard Dipper, Christa Templ, Ludwig Hoferer, Gerhard Gaiser und Margarete Heidelberg haben mich bei diesen vier Besuchen begleitet. In Loßburg nahmen außerdem die SPD-Gemeinderäte Peter Gentner, Bernd Ruoff und Rolf Schweikle an dem Gespräch teil. Dafür allen herzlichen Dank!

Arbeitslose ab 58 bekommen künftig 24 Monate lang Arbeitslosengeld

Mit dem Siebten Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze hat der Bundestag neben der sogenannten 58er Regelung auch die Verlängerung der Zahldauer des Arbeitslosengeldes beraten. Über 50-Jährige bekommen künftig 15 Monate Arbeitslosengeld, über 55-Jährige 18 Monate und ab 58 werden künftig 24 Monate Arbeitslosengeld gezahlt. Damit wird die Lebensleistung Älterer wieder stärker berücksichtigt. Anders als von Rüttgers und anderen aus der CDU gefordert – geht diese

Verbesserung für Ältere nicht zu Lasten von Jüngeren oder Frauen. Durch die Verlängerung der sog. 58er Regelung, erhalten alle ALG II-Empfänger ab dem 58. Lebensjahr die Möglichkeit, sich nicht mehr arbeitssuchend zu melden, falls ihnen nicht innerhalb von 12 Monaten ein Arbeitsangebot gemacht werden kann. Erst ab dem 63. Lebensjahr besteht für den Leistungsträger die Möglichkeit, Empfänger von ALG II auf die Vorrangigkeit ihrer Rentenansprüche zu verweisen.

Beim THW werden keine Stellen gestrichen / Pressemitteilung vom 21.11.07

Wenige Tage nach dem Treffen mit den Ortsbeauftragten des Technischen Hilfswerks (THW), Frank Haar (Horb) und Dirk Arnold (Freudenstadt) hat die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac gute Nachrichten: Beim THW werden keine Stellen gestrichen.

Der Haushaltsausschuss, so Gradistanac in einer Pressemitteilung, habe ein deutliches Signal für das THW und seine haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter gesetzt: Während das Bundesinnenministerium eine Absenkung der hauptamtlichen Stellen beim THW mittelfristig von 800 auf gut 700 vorgesehen hatte, habe sich die SPD in den Verhandlungen erfolgreich für eine Rücknahme dieser Stellenstreichungen und eine langfristige Absicherung des Personaltableaus auf dem jetzigen Stand eingesetzt. Gradistanac: „Der Haushaltsausschuss

hat einstimmig beschlossen, das hauptamtliche Personal beim THW von den allgemein von allen Ministerien zu erbringenden pauschalen Stellenkürzungen herauszunehmen. Ich bin froh, dass erkannt worden ist, dass das THW zur Koordinierung von rund 80.000 Helferinnen und Helfern professionelle Unterstützung braucht.“ Die bundesweit rund 800 Stellen für hauptamtliche Mitarbeiter bleiben nun erhalten. Zusätzlich hat der Haushaltsausschuss eine Stärkung des hauptamtlichen Personals der Helfervereinigung und der THW Jugend e.V. durchgesetzt. Beide Vereinigungen erhalten 2008 insgesamt 160.000 Euro mehr als geplant und damit insgesamt über eine Million Euro, während das Bundesinnenministerium im Regierungsentwurf eine Absenkung um 42.000 Euro vorgesehen hatte. Dabei entfallen auf die Helfervereinigung zusätzliche 145.000 Euro; die THW Jugend erhält 15.000 Euro mehr.

414 Euro Spende für die Schwarzwaldwerkstatt / Pressemitteilung vom 3.12.07



Dornstetten. 414 Euro spendet die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac der Schwarzwaldwerkstatt Dornstetten. Das Geld kam bei dem gemeinsam von der Abgeordneten und der SÜDWEST PRESSE veranstalteten Ehrenamtsabend „Hilfen für Helfer“ am 10. November in der Zehntscheuer in Dornstetten zusammen. Symbolisch zum „Tag des Ehrenamts“ am Mittwoch, 5. Dezember, hat Gradistanac den Scheck in Dornstetten überreicht. Die Abgeordnete hatte für das Konzert mit dem Vokalensemble Viertett keinen Eintritt erhoben

und stattdessen um eine Spende für die Schwarzwaldwerkstatt gebeten. Unser Bild zeigt Renate Gradistanac mit dem Technischen Leiter der Schwarzwaldwerkstatt, Friedhelm Maier (dritter von rechts) sowie (von links) Monika Schwarz vom SPD-Ortsverein, die Heimbeirätinnen Ramona Günther und Liane Röhse, Anke Okun, Mitglied des Werkstatttrats Riedsteige sowie Patrik Weigelt, Betriebsratsvorsitzender und zugleich Leiter der Band Handicap, die bei der Ehrenamtsveranstaltung ebenfalls einen Auftritt hatte.

Fairer Wettbewerb statt Lohndumping

Argumente für den Mindestlohn für Briefzusteller

Millionen Bürgerinnen und Bürger arbeiten in unserem Land für Armutslöhne. Deshalb sind immer mehr Menschen, obwohl sie Vollzeit arbeiten, auf zusätzliches Arbeitslosengeld II angewiesen. Deshalb fordert die SPD flächendeckende Mindestlöhne, die ein Leben in Würde ohne zusätzliche staatliche Hilfe ermöglichen.

Zuletzt hat die SPD gegen den Widerstand von CDU/CSU einen Mindestlohn für Briefzusteller durchgesetzt. Dies vor dem Hintergrund, dass im Januar 2008 das Briefmonopol der Deutschen Post fällt und damit flächendeckendes Lohndumping bei den Briefzustellern droht.

- Gibt es keinen Mindestlohn, sind ungleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen der Post, die Tariflöhne zahlt, und ihrer Billiglohn-Konkurrenz die Folge. Damit wären zahlreiche ordentliche Arbeitsplätze bei der Post in Gefahr.
- Gleichzeitig würden auch die deutschen Steuerzahler belastet, da Löhne, die nicht zur Finanzierung des Existenzminimums reichen, letztlich durch staatliches Arbeitslosengeld II aufgestockt werden müssen. Das heißt: Alle Bürgerinnen und Bürger müssen dafür zahlen, dass private Postfirmen Gewinne machen können.
- Der Mindestlohn für Briefzusteller zwischen 8 und 9,80 Euro, den ver.di und

Arbeitgeberverband Postdienste vereinbart haben, liegt immer noch deutlich unter dem Lohnniveau der Post. Damit stellt er keine Gefahr für Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit dar – schon gar nicht für TNT und PIN, hinter denen milliardenschwere Konzerne wie der Axel-Springer-Verlag und die privatisierte holländische Staatspost stecken.

Darum steht die SPD für Mindestlöhne

- Mindestlöhne sind ein Gebot der Gerechtigkeit. Wer den ganzen Tag arbeitet, muss sich und seine Familie von dem erarbeiteten Lohn auch ernähren können.
- Mindestlöhne sind ein Gebot der Würde der Arbeit. Harte Arbeit muss gerecht entlohnt werden.
- Mindestlöhne sind ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Lohndrückerei schwächt die Kaufkraft der Menschen und gefährdet damit die gute Konjunktur.
- Mindestlöhne sind ein Gebot des fairen Wettbewerbs. Wir wollen Wettbewerb über Produktivität und Qualität der Leistung, nicht über Lohndumping. Faire Bedingungen für alle – das ist soziale Marktwirtschaft.

Kururlaub war gestern / Bericht von der Konferenz Gesundheitswirtschaft und Tourismus

Länder, Kommunen und die Tourismusbranche sind aufgerufen, Qualität, Komfort und Barrierefreiheit in der Gesundheitswirtschaft auszubauen, fordert die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac.

Gradistanac, stellvertretende tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, stellte bei einer von der SPD-Arbeitsgruppe Tourismus einberufenen Konferenz „Gesundheitswirtschaft und Tourismus“ die Prävention in den Mittelpunkt. „Das Kuren kann künftig nur noch Teil der Lösung sein.“ Vorbeugung anstatt Nachsorge, Handeln statt Behandeln: Mit einer älter werdenden Gesellschaft ändere sich der Gesundheitsmarkt, sagt Renate Gradistanac. Die Deutschen lebten immer gesundheitsbewusster. Angesichts einer verlängerten

Lebensarbeitszeit seien die Menschen angehalten, länger geistig wie seelisch agil zu bleiben. „Fangen wir mit dem Schulsport an und befreien wir ihn von seinem Pflichtimage.“ Bewegungsmangel verursache bundesweit jährlich Kosten von rund 18 Milliarden Euro jährlich. Renate Gradistanac: „Sieben Prozent ihres Einkommens geben die Menschen für den Erhalt ihrer Gesundheit aus, Tendenz steigend. Warum fügen wir die ‚Einzelbaustellen‘ nicht zu gesundheitstouristischen Produktketten zusammen: Hotelkomfort inklusive medizinischem Know How und gesunder Ernährung. Damit erschließt sich die Branche einen neuen Kundenkreis und profiliert sich mit hohen Standards gegen die wachsende Konkurrenz in den osteuropäischen Ländern.“

SPD-Azubi Marie-Luise Lemke hat die Ausbildung beendet



Zu Beginn ihrer Ausbildung bei den baden-württembergischen SPD-Abgeordneten im Bundestag betonte Marie-Luise Lemke: „Ich lern hier alles, außer schwäbisch!“

Daran hat sie sich in den letzten drei Jahren gehalten. Die junge Berlinerin hat in diesem Jahr ihre Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation erfolgreich abgeschlossen,

viel über Baden-Württemberg gelernt - und den eigenen Dialekt behalten. Der Deutsche Bundestag hat sie mittlerweile übernommen. An dem Ausbildungsverbund der baden-württembergischen SPD-Landesgruppe hat sich auch die stellvertretende Landesgruppensprecherin Renate Gradistanac beteiligt. Mit 31 Ausbildungsverhältnissen liegt die SPD-Fraktion vorne. Gefolgt von der Unionsfraktion mit acht Azubis und je drei bei der FDP und die Linke. Die Grünen sind mit zwei bei den insgesamt 47 Azubis dabei. Gradistanac: „Mit sechs aktuellen Ausbildungsverhältnissen und einem abgeschlossenen sind wir von der SPD-Baden-Württemberger ein gutes Beispiel für die Ausbildungsverantwortung von Abgeordneten. Wir geben nicht nur den Jugendlichen Perspektiven, sondern können damit glaubhaft andere motivieren mehr für Ausbildung zu tun“.

Pressemitteilung für den Wahlkreis, 12/2007

www.orte-der-vielfalt.de

Hinstehen und handeln – Aufruf an die Kommunen / *Pressemitteilung vom 28.11.07*

Die SPD-Bundestagsabgeordnete fordert Verwaltung, Kommunalpolitik und Ehrenamtliche zum Handeln auf: „Wir dürfen den Rechten nicht das Feld überlassen und immerzu bloß auf Provokationen reagieren. Es wird Zeit, dass wir hinstehen und handeln.“

Die vom Bundesfamilienministerium ausgerufene Initiative „Orte der Vielfalt“ fordert die mehr als 12.000 Kommunen in Deutschland zu einem deutlich sichtbaren Bekenntnis zu Vielfalt, Toleranz und Demokratie auf: „Vielfalt ist ein zentraler Grundwert demokratischen Zusammenlebens“, ist der Kernsatz der Initiative. Das Ministerium ruft zur Unterzeichnung einer Erklärung auf und bietet konkrete Hilfe, wie Akteurinnen und Akteure gewonnen, unterstützt und qualifiziert werden können.

Renate Gradistanac, stellvertretende familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und streitbare Kämpferin gegen Intoleranz, wirbt vor allem auch bei Ehrenamtlichen um Unterstützung: „Unsere Jugendlichen brauchen Leitbilder - Jugendtrainer,

Männer und Frauen bei der Feuerwehr, im Ortschaftsrat, die offen für unsere demokratischen

Grundwerte eintreten. Wir brauchen Menschen mit Haltung.“ Jugendliche seien weniger anfällig für rechtsextremistische Propaganda, wenn sich Persönlichkeiten im Dorf, in der Stadt nicht wegduckten. Renate Gradistanac: „Den Parolen der Rechten setzen wir Mut, Kraft und Kreativität entgegen.“ Horb und Freudenstadt, in den vergangenen Monaten immer wieder von Neonazis heimgesucht, könnten den Anfang machen im Wahlkreis und der Initiative „Orte der Vielfalt“ beitreten. „Ich ermuntere Gemeinderat und Verwaltung, den ersten Schritt zu tun, und ich wünsche mir sehr, dass viele andere Gemeinden folgen werden. Die Kommunalpolitik muss den Anstoß geben“, sagt die Abgeordnete und verweist auf die Vielzahl von Organisationen, darunter das Technische Hilfswerk, Feuerwehrverband, Deutscher Fußballbund und den Zentralverband des Deutschen Handwerks, die die Aktion bereits unterstützen.

Bis 2010 sollen so viele Kommunen wie möglich auf einer im Internet veröffentlichten Deutschlandkarte vermerkt sein. Weitere Informationen unter dieser Adresse: www.orte-der-vielfalt.de

Rechtsextremisten müssen draußen bleiben

Appell an den DEHOGA in Calw und Freudenstadt / Pressemitteilung vom 4.12.07



Broschüre der SPD-Bundestagsfraktion

Renate Gradistanac hat an den DEHOGA-Kreisverband appelliert, gemeinsam mit den Hoteliers und Gastronomen im Kreis Calw eine Kampagne gegen Rechtsextremismus zu initiieren.

In Briefen an die Vorsitzenden des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (DEHOGA) im Kreis Calw, Helmut Schäfer (Hotel Schwarzwaldhof, Enzklösterle) und im Kreis Freudenstadt, Egon Finkbeiner (Hotel Waldblick,

Freudenstadt), fordert die stellvertretende tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion vom DEHOGA in Bund, Land und Kreis ein „eindeutiges öffentliches Bekenntnis“: „Setzen Sie ein deutliches Signal für Weltoffenheit des Wirtschafts- und Tourismusstandorts Nordschwarzwald.“ Renate Gradistanac verweist auf die laufenden Kampagnen gegen Rechts in Brandenburg und Sachsen-Anhalt: „Diese Kampagne geht auf die Initiative eines Einzelnen zurück - den Dresdner Hotelier Lohmeyer.“ Lohmeyer hatte Zimmerreservierungen von NPD-Funktionären storniert und in einem Brief erklärt, er wolle seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zumuten, Rechtsextremisten zu bedienen.“ Über 1.000 Betriebe seien Lohmeyers Beispiel bereits gefolgt. Gradistanac: „Ich begrüße solche Entschiedenheit ausdrücklich. Herrn Lohmeyer habe ich dafür gedankt. Dieses Beispiel zeigt, wie wir Haltung zeigen und selbstbewusst agieren können: Anstatt Gäste aus dem In- und Ausland und die eigenen Leute durch die Anwesenheit von Neonazis zu kompromittieren und sich im Nachgang via Medien über Präsenz und Provokation der Rechten zu empören, sagte der Hotelier: ‚Nein!‘ Nun muss auch der DEHOGA im Kreis Calw Nein sagen zu Rechtsextremisten.“

Schwarz ist gar keine Farbe



Schwarz ist gar keine Farbe, schwarz ist lediglich ein dunkler Rot-Ton: Dass Franz Müntefering recht hat mit seiner Farbenlehre, zeigte sich vorige Woche wieder einmal, als die Loßburger Tannenbaum-Delegation im Bundeskanzleramt war. Beim Fototermin kontrastierte Angela Merkels Kanzlerinnen-Samtjackett hart mit dem Schal der SPD-Bundestagsabgeordneten Renate Gradistanac. Unser Foto beweist: Rot ist die CDU-Kanzlerin. Aber röter bzw. am Rötesten ist die SPD-Abgeordnete. Pressemitteilung vom 6.12.07

Vielfalt ist eine der Stärken Europas

Bilanz-Rede zum europäischen Jahr der Chancengleichheit /Rede vom 14.12.07

Frau Präsidentin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

51 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union sind der Meinung, dass in ihrem Land nicht genügend Anstrengungen unternommen werden, um Diskriminierung zu bekämpfen. Nur 32 Prozent kennen ihre Rechte für den Fall, dass sie Opfer von Diskriminierung werden. Die Umfrage Europabarometer Spezial zur Diskriminierung in der Europäischen Union unterstreicht zudem, dass die Kenntnis der Existenz von Antidiskriminierungsgesetzen in der Europäischen Union nach wie vor recht gering ist.

Das Europäische Jahr der Chancengleichheit wurde ausgerufen, um die Menschen in der Europäischen Union für ihre Rechte auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu sensibilisieren und die Chancengleichheit zu fördern. Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung gehören zu den Grundprinzipien, auf denen die Europäische Union aufbaut.

Wirkliche Chancengleichheit ist nur ohne Diskriminierung möglich. Darum haben wir mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz nicht nur vier EU-Richtlinien in nationales Recht umgesetzt. Wir haben vor allem auch einen wichtigen Schritt getan, um Menschen wirksam vor Diskriminierungen zu schützen. Wer aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, des Alters, aufgrund einer Behinderung oder der sexuellen Identität benachteiligt wird, kann sich seit 2006 besser wehren.

Das Bundesgleichstellungsgesetz, das Gewaltschutzgesetz und das Elterngeld mit seinen Vätermontaten sind weitere wichtige gleichstellungspolitische Wegmarken. Das eigentliche Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an allen Lebensbereichen, haben wir aber immer noch nicht erreicht. Die Studie „Global Gender Gap Report 2007“ des Weltwirtschaftsforums hat die Gleichstellung von Frauen und Männern in 128 Ländern erfasst. Auf den ersten Blick stehen wir mit dem siebten Rang scheinbar gar nicht so schlecht da. In der Kategorie „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ befinden wir uns aber nur auf Rang 71.

Gleichwertige Arbeit muss endlich gleich entlohnt werden. Existenzsichernde Erwerbsarbeit ist eine wichtige Voraussetzung zur Armutsbekämpfung. Mit der Einführung von Mindestlöhnen schützen wir insbesondere auch Frauen vor Sozialdumping. Wir müssen die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Familienfreundliche Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sowie der Ausbau und Rechtsanspruch bei Kinderbetreuungsplätzen sind wichtige Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Chancengleichheit. Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen bei Berufszugang und Aufstieg.

Immer mehr Frauen arbeiten in Teilzeit oder sind geringfügig beschäftigt. Dies hat auch der Ausschuss zur Beseitigung jeder Diskriminierung der Frau, kurz CEDAW, bei der Überprüfung des fünften Staatenberichts kritisiert. Der Ausschuss hat zudem weitergehende Schritte empfohlen, um Stereotype im Zusammenhang mit den traditionellen Rollenbildern in der Familie, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zu bekämpfen.

Chancengleichheit für alle beginnt bei der Bildung und Betreuung unserer Kinder. Bildungschancen sind Lebenschancen, die nicht von der Herkunft oder vom Elternhaus abhängen dürfen. Junge Menschen haben ein Recht auf Bildung, auf ein gesundes Aufwachsen, auf gesellschaftliche Beteiligung und vor allem darauf, dass sie vor physischer und psychischer Gewalt geschützt werden. Diese Ziele wollen wir mit dem Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ erreichen.

Mit dem Bundesprogramm „Frühe Hilfen“ wollen wir die Risiken für Kinder möglichst frühzeitig erkennen und die Erziehungskompetenz der Eltern verbessern. Der weitere Ausbau der Kinderbetreuung und die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz sind wichtige Schritte, um das Ziel der Bildung für alle zu erreichen. Die von uns durchgesetzte Erhöhung und Ausweitung des BAföG ist ein wichtiges Signal für echte Chancengleichheit in der Bildung. Für die SPD-Fraktion gehören Kinderrechte ins Grundgesetz. Dadurch stärken wir die Rechtsposition der Kinder deutlich und schreiben die staatliche Schutzpflicht gegenüber Kindern ausdrücklich in der Verfassung fest.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

Angesichts der öffentlichen Diskussion über Kindesvernachlässigung und Kinderarmut bedauere ich es sehr, dass sich unser Koalitionspartner noch immer weigert, Kinderrechte in unser Grundgesetz aufzunehmen.

Ich freue mich, dass wir das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte behinderter Menschen im Jahr der Chancengleichheit für alle unterzeichnet haben. Dies ist ein weiterer wichtiger Baustein für die gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen. Immerhin haben zehn Prozent der EU-Bevölkerung eine Behinderung.

Ich bin sehr froh, dass meine Fraktion bei der Reform der Erbschaftssteuer eine weitestgehende Gleichstellung der Lebenspartnerschaften durchsetzen konnte. Rechtlicher Schutz und rechtliche Gleichstellung allein reichen aber nicht aus, um Diskriminierung zu verhindern. Dies zeigt sich nachdrücklich beim Diskriminierungsmerkmal sexuelle Identität. Um komplexe und zum Teil tief verwurzelte Vorurteile abzubauen, sind intensive Bemühungen auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene notwendig. Es gilt,

die Chancengleichheit für alle aktiv zu fördern und die strukturellen und institutionellen Hindernisse abzubauen, die eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens versperren.

Das Europäische Jahr hat dazu beigetragen, für Gleichstellung und Vielfalt in Europa zu werben. Einer der Höhepunkte des Jahres war der unter deutscher EU-Präsidentschaft erstmals veranstaltete europäische Gleichstellungsgipfel. Nun gilt es, sich noch stärker dafür einzusetzen, dass Gleichheit in Europa für jeden Einzelnen zur Realität wird. Vielfalt ist eine der Stärken von Europa. Deshalb brauchen wir Chancengleichheit für alle.

In der erweiterten Europäischen Union wird die Bevölkerung immer vielfältiger. Durch die Zuwanderung und das Zusammenleben ethnisch-kulturell unterschiedlich geprägter Menschen und die Etablierung unterschiedlicher Lebensformen nimmt Europas Vielfalt auch in kultureller Hinsicht zu. Um den Vorteil zu würdigen, den wir durch unsere große kulturelle Vielfalt haben, wurde das Jahr 2008 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs erklärt.

Schulbesuche zum Vorlesetag in Nagold und Freudenstadt / Presse, 22.11.07

„Bücher können zu Freunden werden“, weiß die Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac (SPD) aus eigener Erfahrung. Am bundesweiten Vorlesetag der Stiftung Lesen versuchte sie, ihre Freunde in der Kepler-Hauptschule in Freudenstadt und der Wiestalschule in Nagold-Emmingen bekannt zu machen.



„An die Arbeit!“ – Leserbrief zur Straßenbau-Debatte vom 11.12.07

Um 650 Millionen Euro hat der Deutsche Bundestag während der Haushaltswoche Ende November den Verkehrsetat des Bundes für 2008 aufgestockt. In Stuttgart indes scheint die Nachricht nicht angekommen zu sein. „Nicht viel Neues aus dem Innenministerium“, so zitierte die Lokalpresse am 6. Dezember 2007 Staatssekretär Rudolf Köberle, der in einem Brief an die Stadt Freudenstadt wieder einmal die Unterfinanzierung der Straßenbauprojekte durch den Bund beklagt hatte. Die Bürgerinnen und Bürger mögen die Schuldzuweisungen zwischen Land und Bund zu Recht nicht mehr hören. Als Bundestagsabge-

ordnete erwarte ich vom Land Baden-Württemberg, dass sich die Fachbehörden an die Arbeit machen und den mit Gesetzeskraft ausgestatteten Bundesverkehrswegeplan umsetzen – so wie sie es jetzt beispielhaft in Sachen Brücke Horb tun. Im vordringlichen Bedarf dieses Plans ist auch der Bau der Ortsumfahrung Loßburg enthalten. Es ist ein Affront gegen die gesamte Region, wenn Herr Staatssekretär Köberle gegenüber dem Loßburger Bürgermeister erklärt, ein Baubeginn sei „mittel- bis langfristig“ nicht absehbar.

Renate Gradistanac, SPD-Bundestagsabgeordnete

Jahresrückblick 2007

Die Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik im Überblick

Wir Sozialdemokraten sind stolz auf die Leistung dieser Bundesregierung und auf die sozialdemokratische Handschrift, die deutlich ist.

Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit 15 Jahren nicht mehr

Mit 3,38 Mio. Arbeitslosen ist die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Novemberstand seit 15 Jahren gesunken. Insgesamt sind 1,1 Mio. Menschen weniger arbeitslos als 2005, mehr als 600.000 weniger als im letzten Jahr. Besonders erfreulich: 40,359 Mio. Menschen sind erwerbstätig. Das ist ein Rekord in der Bundesrepublik. Über 27 Mio. Menschen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, das ist ein Plus von rund 580.000 innerhalb eines Jahres. Der Aufschwung ist auf dem Arbeitsmarkt angekommen.

Sinkende Sozialversicherungsbeiträge

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AV-Beitrag) ist innerhalb eines Jahres um fast die Hälfte gesunken: von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent. So niedrig war der AV-Beitrag seit 1981 nicht mehr. Für Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 2.500 Euro brutto ist das eine Entlastung von 40 Euro monatlich gegenüber 2006, aufs Jahr gerechnet 480 Euro! Insgesamt liegen die Sozialversicherungsbeiträge deutlich unter 40 Prozent, der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherung liegt unter der 20-Prozent-Marke.

Postmindestlohn eingeführt

Briefzusteller erhalten künftig 9,80 Euro (9 Euro in den ostdeutschen Ländern). Für die übrigen Tätigkeiten der Briefbeförderung (Einsammeln und Weiterleiten) beträgt der Mindestlohn 8,40 Euro bzw. 8 Euro. Wir schützen die Arbeitnehmer damit vor Dumpinglöhnen! Der Wegfall des Briefmonopols wird damit nicht zum Wettbewerb um schlecht bezahlte Arbeitsplätze führen.

Längeres Arbeitslosengeld für Ältere

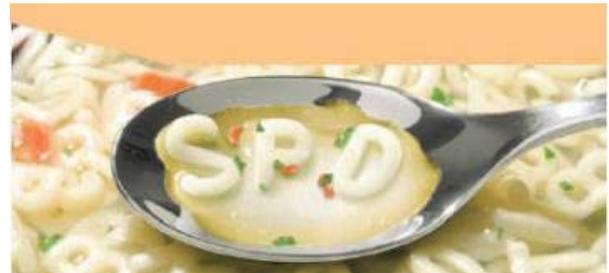
Ältere Arbeitslose erhalten ab 2008 länger Arbeitslosengeld. Wir nehmen ihnen damit die Angst vor Hartz IV. Ihre Lebensleistung wird damit stärker berücksichtigt. Künftig gilt: Über 50-Jährige erhalten 15 Monate Arbeitslosengeld, über 55-Jährige 18 Monate und über 58-Jährige erhalten 24 Monate Arbeitslosengeld I. Besonders wichtig: Anders als von Rüttgers und Union gewollt, geht diese Maßnahme nicht zu Lasten von Frauen und Jüngeren.

Das BAföG steigt

Zum Wintersemester 2008/2009 wird das BAföG deutlich erhöht. Die Bedarfssätze steigen um 10 Prozent und die Freibeträge um 8 Prozent. Dadurch erhalten mehr junge Menschen erstmals einen BAföG-Anspruch. Weitere Verbesserungen gibt es auch beim Betreuungszuschlag für Studierende mit Kindern. All das schafft mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung.

Elterngeld eingeführt

Das Elterngeld, das es seit dem 1. Januar 2007 gibt, schafft die Voraussetzungen dafür, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander vereinbaren lassen. Wir fördern Familien für 12 bzw. 14 Monate nach der Geburt eines Kindes. Das Elterngeld ersetzt das wegen der Geburt eines Kindes wegfallende Einkommen in Höhe von bis zu 67 Prozent. Der gewohnte Lebensstandard junger Familien im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes wird damit gesichert.



Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz vom ersten Lebensjahr an

Der Rechtsanspruch kommt 2013. Mit dem Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Eltern einen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen und dass die Gelder, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellt, auch in den Ausbau der Krippen und Kitas investiert werden.

Vorrang für Kinder

Ein sozialdemokratischer Erfolg ist auch die Neuregelung des Unterhaltsrechts. Die Union hat sich davon überzeugen lassen, dass das Wohl der Kinder bei Trennungen künftig an erster Stelle stehen soll. Deshalb wird minderjährigen Kindern in der Rangfolge der erste Rang und damit Vorrang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten eingeräumt. Erst danach kommen die Ansprüche der Väter und Mütter, die Kinder betreuen – und zwar unabhängig davon, ob das Paar verheiratet war oder nicht.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

Die Wirtschaft wächst

Deutschland erlebt den stärksten Wirtschaftsaufschwung seit sieben Jahren. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 2,4 Prozent wachsen. Besonders wichtig: In diesem, wie auch im kommenden Jahr, kommt der stärkste Wachstumsimpuls aus der Binnenwirtschaft. Das hat etwas mit der Besserung auf dem Arbeitsmarkt aber auch mit den richtigen Rahmenbedingungen zu tun, die wir gesetzt haben, z. B. mit dem 25-Mrd.-Euro Paket zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung.



Nettokreditaufnahme geht zurück

In diesem Jahr hat der Bund 14,4 Mrd. Euro neue Schulden aufgenommen. Für 2008 sind 11,9 Mrd. Euro geplant. Das ist so wenig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Wir haben damit innerhalb von zwei Jahren die Neuverschuldung mehr als halbiert. 2007 melden wir erstmals einen ausgeglichenen Staatshaushalt nach Brüssel. Die Staatsquote ist innerhalb von vier Jahren – von 2003 bis 2006 – um 3 Prozentpunkte auf 45,6 Prozent gesunken. All das ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung dafür, dass sich der Staat neue Handlungsspielräume erschließt und gleichzeitig die Verantwortung für künftige Generationen im Blick hat.

Neues Unternehmensteuerrecht

Zum 1. Januar 2008 bekommt Deutschland ein neues, reformiertes Unternehmensteuerrecht, das international wettbewerbsfähig ist. Unternehmen werden animiert, Gewinne nicht länger ins Ausland zu transferieren, sondern in Deutschland zu investieren. Das stärkt den Standort Deutschland. Künftig wird es für Unternehmen noch attraktiver sein, in Deutschland zu investieren und hier bei uns neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist das eigentliche Ziel dieser Reform.

Erbschaftsteuer gesichert – Nahe Verwandte deutlich entlastet

Die Erbschaftsteuer bleibt erhalten und wir haben durchgesetzt, dass den Ländern auch in Zukunft mind. 4 Mrd. Euro aus der Erbschaftsteuer zufließen. Für Ehegatten, Kinder und Enkel wird durch eine kräftige Anhebung der persönlichen Freibeträge in der Steuerklasse I auf 500.000 Euro

für Ehegatten, 400.000 Euro für jedes Kind und 200.000 Euro für jeden Enkel sichergestellt, dass es beim Übergang des privat genutzten Wohneigentums auch künftig im Regelfall zu keiner zusätzlichen Belastung kommt. Das Erben eines normalen Einfamilienhauses bleibt damit auch weiterhin steuerfrei.

Deutschland ist Vorreiter beim Klimaschutz

Deutschland nimmt eine weltweite Vorreiterrolle beim Klimaschutz und beim Export modernster Umwelttechnologien ein. Die Große Koalition hat ein zukunftsweisendes Maßnahmenpaket zur Energie- und Klimapolitik beschlossen. Alle CO2 relevanten Schlüsselgebiete – von der Strom- und Wärmeproduktion bis zum Verkehr, von der Gebäudesanierung bis zur Energieeffizienz – werden mit dem Maßnahmenpaket einen neuen Schub erhalten und den Klimaschutz voranbringen. Das macht sich auch im Haushalt bemerkbar: Die Klimaschutzausgaben steigen von rund 875 Mio. Euro im Jahr 2005 auf rund 2,6 Mrd. Euro im Haushalt 2008.

Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit

Wir wollen eine starke, vitale, solidarische Bürgergesellschaft. Durch steuerrechtliche Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Stiftungstätigkeiten unterstützen wir die aktive Bürgergesellschaft. Das betrifft sowohl die Erhöhung der Übungsleiterpauschale als auch die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden. Durch den deutlichen Abbau von Bürokratie haben wir zudem mehr Freiräume für das bürgerschaftliche Engagement geschaffen.



*Ein frohes und besinnliches
Weihnachtsfest und alles Gute, vor allem
Gesundheit und Zufriedenheit
im neuen Jahr 2008*



Georg Gradistanac, 2007 Objekt

Begreifen bedeutet, sich aufmerksam
Und unvoreingenommen der Wirklichkeit,
was immer sie ist und war, zu stellen und
entgegenzustellen

Hannah Arendt

Die letzte Seite

Telefonzeiten

SPD-Büro Nagold (07452) 81 72 21
Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr

Büro Berlin (030) 227-73 7 18
Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr
Montag bis Donnerstag von 13 bis 17 Uhr

Dringende Nachrichten bitte auf den Anrufbeantworter – wir rufen zurück!

Büroleitung

Sybille Thomas, Berlin

Impressum

Renate Gradistanac MdB (V.i.S.d.P.)
Deutscher Bundestag
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73718
Fax (030) 227-76718

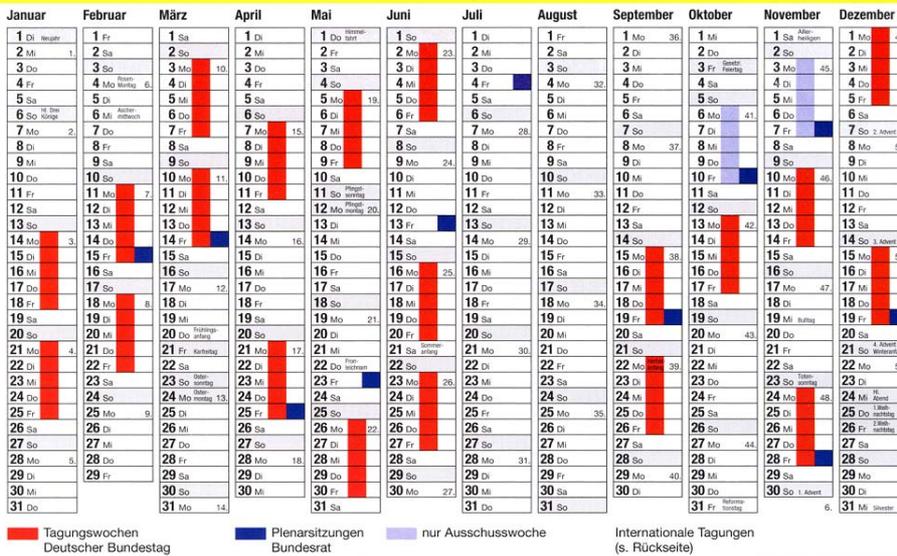
renate.gradistanac@bundestag.de

Homepage

Die „Berliner Nachrichten“ stehen auch auf meiner Homepage:
www.bundestag.de/~renate.gradistanac

Zeitplan des Deutschen Bundestages für das Jahr 2008

Stand: 1. Oktober 2007



Die „Berliner Nachrichten“ im Abo: monatlich, aktuell, gratis, per E-Mail

Liebe Freundinnen und Freunde,

in den „Berliner Nachrichten“ gebe ich einen Überblick auf die Bundespolitik. Hier steht und wird erklärt, was nicht in der Zeitung steht. Wenn Sie noch nicht Abonnent/in sein sollten, schicken Sie bitte eine E-Mail an renate.gradistanac@bundestag.de oder faxen Sie untenstehende Liste mit Ihrer E-Mail-Adresse an 030-227-76718

Ihre Renate Gradistanac MdB

Vorname	Name	E-Mail-Adresse